

Unterrichtsmaterial und Kopiervorlagen zu:

WIE GEHT EIGENTLICH DEMOKRATIE?

#FragFloid

Fischer Kinder- und Jugendbuchverlag, 2017

272 Seiten



Autor: Jonas Lanig

Umfang: ca. 6-8 Unterrichtsstunden

Geeignet für die Klassenstufen 7 bis 10

Unter Verwendung von Illustrationen von Christina Hücke

INHALTSÜBERSICHT

EINFÜHRUNG 3

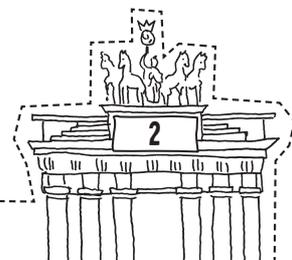
- Eine Einladung zum Mitmachen 3
- Der Aufbau des Buches 4
- Arbeit mit den Kopiervorlagen 4

KAPITELÜBERSICHT 5

KOPIERVORLAGEN 6

- KV 1 Begreifen braucht Begriffe (zu Kapitel 1: Demokratie in Deutschland) 6
- KV 2 Die Säulen unserer Verfassung (zu Kapitel 1: Das Grundgesetz) 7
- KV 3 Rechtsfälle und Rechtsprinzipien (zu Kapitel 1: Der Rechtsstaat) 8
- KV 4 Der Sozialstaat in Zahlen (zu Kapitel 1: Der Sozialstaat) 10
- KV 5 Die Bildung an den Bund? (zu Kapitel 1: Der Bundesstaat) 11
- KV 6 Parlamente in Europa (zu Kapitel 2: Der Bundestag) 13
- KV 7 Der Bundestag von innen (zu Kapitel 2: Der Bundestag) 14
- KV 8 Deutschland – deine Länder (zu Kapitel 2: Der Bundesrat) 15
- KV 9 Demokratie durch Verfahren (zu Kapitel 5: Wahlen) 16
- KV 10 Anders wählen (zu Kapitel 5: Wahlen) 18
- KV 11 Sich eine Meinung bilden (zu Kapitel 5: Der Wahlkampf) 20
- KV 12 Das Ansehen unserer Politiker (zu Kapitel 6: Politik als Beruf) 21
- KV 13 Blind Vote (zu Kapitel 6: Die Parteien) 22
- KV 14 Kleine Parteien (zu Kapitel 6: Die Parteien) 23

LÖSUNGEN 24



EINE EINLADUNG ZUM MITMACHEN

Ganz selbstverständlich machen junge Menschen von ihren demokratischen Freiheiten Gebrauch: Sie nutzen die Informationsmöglichkeiten einer offenen Gesellschaft, und sie äußern ihre Meinung ebenso ehrlich wie angstfrei. Aber auch ihnen ist bewusst, dass solche Freiheiten gefährdet sind: Die Türkei wird gerade zu einem autokratischen Führerstaat umgebaut. In Ungarn und in Polen ist die demokratische Kultur einem dauernden Erosionsprozess ausgesetzt. Der amerikanische Präsident ist dabei, sich ganz bewusst von den demokratischen Traditionen seines Landes abzusetzen.

Nur wer umfassend informiert ist, hat solchen Angriffen auf die demokratische Ordnung etwas entgegenzusetzen. Nur wer seine verfassungsmäßigen Rechte sowie die Prinzipien und Regeln unserer Demokratie kennt, ist solchen antidemokratischen Umtrieben nicht schutzlos ausgeliefert. Deshalb bedarf es einer engagierten und sachorientierten Darstellung unseres politischen Systems, wie sie mit diesem »Erklärungsbuch« (SPIEGEL online) vorliegt. Hier erläutert ein populärer YouTuber jungen Leuten, was es mit unserer Demokratie auf sich hat und warum sie diese zu ihrem Anliegen machen sollten.

Dabei soll den jungen Lesern vermittelt werden, dass die demokratische Ordnung der Bundesrepublik nicht als statisches System, sondern als eine dynamische Erscheinung zu verstehen ist, deren Weiterentwicklung kontrovers diskutiert und sorgfältig abgewogen werden muss. Ob es um das Wahlrecht mit 16, die Höhe der Staatsquote oder die Direktwahl des Bundespräsidenten geht – die jungen Leute sollen sich eingeladen fühlen, sich mit solchen Streitthemen auseinanderzusetzen, um sich schließlich selbst ein Urteil zu bilden.

LeFlويد versteht diese Darstellung mit unkonventionellen, manchmal auch frechen Kommentaren und trifft dabei eine Sprache, die von jungen Menschen wirklich verstanden wird. Schon deshalb bietet sich das Buch für den Einsatz im Unterricht an. Dadurch hebt sich diese Darstellung unseres demokratischen Systems von den gängigen Schulbüchern und den einschlägigen Broschüren zur politischen Bildung ab.

Im Unterricht sollten die Schülerinnen und Schüler nicht nur mit Informationen gefüttert werden: Sie sollten Gelegenheit haben, sich mit dem Selbstverständnis und der Systematik unserer Demokratie aktiv auseinanderzusetzen. Deshalb laden alle Unterrichtsmaterialien zum Mitmachen ein: Die jungen Leute können hier ihr Vorwissen testen, sie können sich selber bestimmte Inhalte erarbeiten, sich dazu eine Meinung bilden und sich darüber mit anderen austauschen. Eine lebendige Demokratie braucht den aktiven Bürger. Die Voraussetzungen dafür können bereits im Unterricht gelegt werden. Diese Unterrichtsmaterialien wollen dazu einen Beitrag leisten.



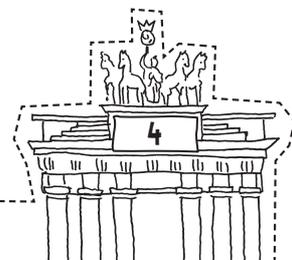
EINFÜHRUNG

DER AUFBAU DES BUCHES

In der Abfolge der einzelnen Kapitel werden zunächst grundsätzliche Fragen angesprochen. Auf dieser Basis werden dann konkrete Verfahren und Erscheinungen des politischen Lebens beschrieben. Insofern bauen die einzelnen Kapitel aufeinander auf. Jedes Kapitel ist in sich aber geschlossen, sodass es sich herausgreifen und im Unterricht gesondert behandeln lässt.

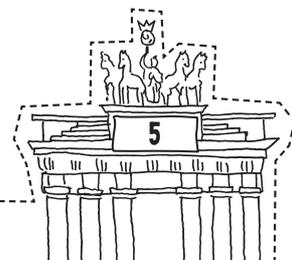
ARBEIT MIT DEN KOPIERVORLAGEN

Die einzelnen Kopiervorlagen sind so angelegt, dass sie von den Schülerinnen und Schülern eigenständig bearbeitet werden können. Zu Beginn eines Arbeitsblatts wird ausdrücklich beschrieben, was für die Schülerinnen und Schüler im Einzelnen zu tun ist. Das gilt auch für die Aufgaben, bei denen sie sich einen Partner oder eine Partnerin zu wählen haben. Die Lehrkraft kann sich anschließend auf die Überprüfung der Lösungen und auf die inhaltliche Auswertung der Aufgaben konzentrieren. Die Kopiervorlagen beziehen sich jeweils auf einzelne Kapitel des Buches.



KAPITELÜBERSICHT

KAPITEL	SEITEN	INHALT
1	11-34	Hier geht es um die Grundpfeiler unserer demokratischen Ordnung , wie sie in Art. 20 GG festgelegt sind.
2	35-65	Dieses Kapitel widmet sich einzelnen Institutionen des politischen Systems – wie der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, dem Bundespräsidenten und dem Bundesverfassungsgericht.
3	66-82	Hier wird gefragt, wie Exekutive, Legislative und Judikative arbeiten und von welchen Grundsätzen sich die drei Gewalten unserer staatlichen Ordnung leiten lassen.
4	83-98	Thema dieses Kapitels sind die internationalen Beziehungen – am Beispiel der Vereinten Nationen und der Europäischen Union.
5	99-150	Im Mittelpunkt stehen die unterschiedlichen Formen der politischen Teilhabe . Sie reichen von den Wahlen bis zu konkreten Ansätzen direkter Demokratie.
6	151-191	In diesem Kapitel dreht sich alles um die Akteure des politischen Lebens . Dazu zählen die Politiker ebenso wie die Parteien oder die Medien.
7	192-202	Ein letztes Kapitel dieser Darstellung des politischen Systems widmet sich der Zivilgesellschaft und deren Akteuren.
8	203-269	Den Abschluss bilden elf Interviews , die LeFloid mit prominenten Persönlichkeiten aus der Bundespolitik und aus der Gerichtsbarkeit geführt hat.



In der Politik werden dir viele Begriffe begegnen, die du vielleicht noch nie gehört hast. Deshalb solltest du dich darüber informieren, was damit eigentlich gemeint ist. Denn nur dann kannst du in politischen Fragen mitreden.

 **Deine Aufgabe:** Du sollst entscheiden, welche der folgenden Definitionen auf die genannten Begriffe zutreffen. Kreuze dazu die passenden Begriffsinhalte an!

Unter einer **Demokratie** versteht man

- einen Staat, in dem alle Bürger gleich behandelt werden.
- eine Staatsform, in der alle Macht vom Volk ausgeht.
- ein Gemeinwesen, in dem das Volk beherrscht wird.

Von einer **Direkten Demokratie** sprechen wir,

- wenn die Bürger auch in politischen Einzelfragen mitentscheiden.
- wenn die Politiker eine deutliche Sprache sprechen.
- die Bevölkerung bei der Auswahl der Minister mitreden darf.

Kennzeichen einer **Repräsentativen Demokratie** ist, dass

- der Präsident nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen hat.
- die Bürger von der politischen Führung unterdrückt werden.
- die Abgeordneten stellvertretend für ihre Wähler entscheiden.

Eine **Diktatur** erkennt man daran, dass

- die Bürger in allen Belangen mitentscheiden dürfen.
- die Bürger an den Entscheidungen nicht beteiligt sind.
- die Bürger den Politikern Vorschriften machen.

Unter **Exekutive** versteht man

- den Vollzug der Todesstrafe.
- die Armee eines Staates.
- die Regierung eines Staatswesens.

Die **Legislative** eines Staatswesens

- ist gleichbedeutend mit dem Parlament.
- ist jeweils das oberste Gericht.
- ist der Schutz der Abgeordneten vor einer gerichtlichen Nachstellung.

Die **Judikative** umfasst jeweils

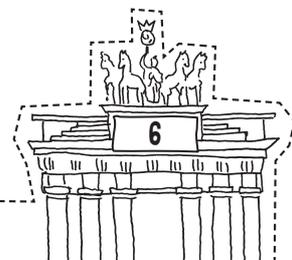
- das gesamte Polizeiwesen.
- den gesamten Regierungsapparat.
- das gesamte Justizwesen.

Von **Pluralismus** sprechen wir,

- wenn es in einem Staatswesen verschiedene Parteien gibt.
- wenn Regierung und Opposition verschiedener Meinung sind.
- wenn in der Regierung Politiker verschiedener Parteien sitzen.

Aufgabe der **Opposition** ist es,

- das Parlament zu beaufsichtigen.
- die Regierung zu kontrollieren.
- die Justiz zu überwachen.



Das Grundgesetz ist die Verfassung unseres Landes. Hier ist in Artikel 20 geregelt, was für unser politisches System einfach unverzichtbar ist. In diesem Zusammenhang sprechen manche auch von den vier Säulen unseres Staatswesens. Diese Säulen sind

- die Demokratie
- der Rechtsstaat
- der Sozialstaat
- der Bundesstaat.

Für die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren diese Kernelemente unserer staatlichen Ordnung so wichtig, dass niemand sie abschaffen darf. Deshalb ist der Artikel 20 des Grundgesetzes auch vor jeder Veränderung geschützt. Er gehört zum so genannten »Verfassungskern«.

Deine Aufgabe: Die folgenden Schlagzeilen stammen aus unterschiedlichen Tageszeitungen. Du sollst sie jeweils den vier Säulen des Staatswesens zuordnen: Schreibe ein D in die Klammer, wenn die Schlagzeile vor allem etwas mit der Demokratie zu tun hat. Geht es hier eher um den Rechtsstaat, solltest du ein R einfügen. Hat die Überschrift etwas mit dem Sozialstaat zu tun, sollte es ein S sein. Und mit einem B signalisierst du, dass die Schlagzeile die bundesstaatliche Ordnung zum Thema hat.

1. Jetzt muss dem Gesetz noch der Bundesrat zustimmen. ()
2. Das endgültige Ergebnis der Bundestagswahl steht endlich fest. ()
3. Inzwischen ist jedes fünfte Kind von Armut bedroht. ()
4. Bald werden die Hass-Mails im Internet unter Strafe gestellt. ()
5. Der Länderfinanzausgleich wird neu geregelt. ()
6. Soll der Bund künftig auch für die Schulen verantwortlich sein? ()
7. Immer mehr Gesetze werden von Karlsruhe gekippt. ()
8. Sollen bald auch schon 16-Jährige wählen? ()
9. Jetzt zieht der Generalbundesanwalt das Verfahren an sich. ()
10. Die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger werden erhöht. ()
11. Die Wahlbeteiligung steigt wieder an. ()
12. Die Kommunen verlangen mehr Geld vom Bund. ()
13. Härtere Strafen für terroristische Gefährder gefordert. ()
14. Soll die betriebliche Mitbestimmung ausgeweitet werden? ()
15. Unternehmerverbände wollen, dass die Rente erst mit 70 beginnt. ()
16. In den Pflegeeinrichtungen fehlen die nötigen Fachkräfte. ()
17. Soll die Legislaturperiode auf fünf Jahre ausgedehnt werden? ()
18. Deutschlands Gerichte sind hoffungslos überlastet. ()
19. Kommen jetzt Volksabstimmungen auf Bundesebene? ()
20. Neuordnung der Bundesländer in der Diskussion. ()



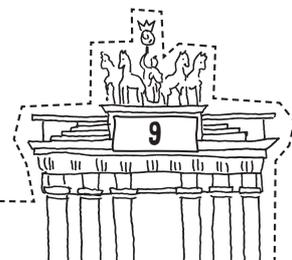
Die Bürger haben ein Recht darauf, dass in einem Staatswesen alles mit rechten Dingen zugeht. Deshalb gelten in jedem Rechtsstaat bestimmte Regeln, an die sich alle zu halten haben.

 **Deine Aufgabe:** Du findest hier ganz alltägliche Fälle, in denen es um grundsätzliche Rechtsfragen geht. Und du musst entscheiden, ob hier die wichtigsten Rechtsprinzipien beachtet und ob die geltenden Regeln eingehalten werden. Setze dein Kreuz deshalb jeweils bei einem „Ja“ oder bei einem „Nein“.

FALLBEISPIELE	JA	NEIN
Die 25-jährige <i>Mareike Z.</i> wird von einem Gericht verurteilt, weil sie sich im Internet negativ über andere Personen geäußert hat. Es gibt zwar kein Gesetz, das das verbietet – aber die Richter wollen im Fall von <i>Mareike Z.</i> mit einem harten Urteil ein Zeichen setzen. Ist das in Ordnung?		
Der 29-jährige <i>Abdullah M.</i> ist angeklagt, bei einem Attentatsversuch mehrere Passanten mit dem Messer verletzt zu haben. Kurz vor dem Prozess weist der Bundesjustizminister die zuständige Richterin an, gegen <i>Abdullah M.</i> die Höchststrafe anzuwenden. Darf er das?		
Die 77-jährige <i>Hertha B.</i> soll von einem mächtigen Baulöwen aus ihrer Wohnung geworfen werden. Sie fühlt sich ungerecht behandelt und zieht deshalb gegen den millionenschweren Hausbesitzer vor Gericht. Dieser glaubt es nicht nötig zu haben, sich mit einer verarmten Rentnerin vor Gericht zu streiten. Muss er sich trotzdem einer Verhandlung stellen?		
Der 13-jährigen <i>Sezer H.</i> ist von ihren Lehrern verboten worden, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen. Die Eltern gehen deshalb vor Gericht und handeln sich hier eine Niederlage ein. Dürfen Sie gegen dieses Urteil Beschwerde einlegen?		
Der 64-jährige Richter <i>Wolfgang R.</i> gilt wegen seiner milden Urteile in Justizkreisen als »Papa Gnädig«. Als er über eine Bande von Schwerstkriminellen richten soll, wird er kurz vor dem Prozess durch einen strengereren Kollegen ersetzt. Ist das erlaubt?		
Der 42-jährige <i>Joannis K.</i> ist in Griechenland verurteilt worden, weil er eine deutsche Touristin vergewaltigt hat. Nach Verbüßung der Haftstrafe siedelt er nach Deutschland um. Hier soll ihm wegen dieser Sache noch einmal der Prozess gemacht werden. Ist das überhaupt möglich?		



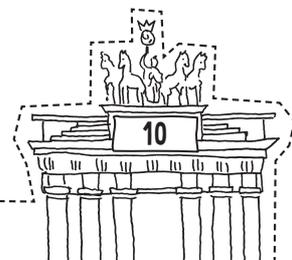
FALLBEISPIELE	JA	NEIN
Die 18-jährigen Freunde <i>Niko T.</i> und <i>Kevin K.</i> haben nach einer durchzechten Nacht im Stadtpark randaliert. Die Polizei nimmt die beiden in Polizeigewahrsam, muss sie aber innerhalb von 24 Stunden wieder freilassen. Muss sie das wirklich?		
Die 13-jährige <i>Myriam F.</i> hat in einem Drogeriemarkt jede Menge Kosmetika mitgehen lassen. Als die Polizei geholt wird, behauptet die junge Ladendiebin, sie sei noch gar nicht strafmündig und könne deswegen auch nicht angeklagt werden. Hat Myriam recht?		
Der 16-jährige <i>Dominik T.</i> ist angeklagt, im Garten seiner Eltern ein Cannabis-Beet angelegt zu haben. Dominiks Verteidiger möchte, dass dieser Fall einem breiteren Publikum bekannt wird und plädiert deshalb dafür, den Fall öffentlich zu verhandeln. Ist das überhaupt möglich?		
Der 30-jährige <i>Mahmoud H.</i> wird in den Akten der Polizei als »Gefährder« geführt, weil er sich in Deutschland radikalisiert haben soll. Jetzt soll er in seine Heimat abgeschoben werden, obwohl er bisher keine Straftat verübt hat. Ist das rechtlich überhaupt zulässig?		



Unser Staatswesen sorgt dafür, dass niemand in existentielle Not gerät. Oft unterschätzt man aber, wie viele Menschen auf Unterstützung angewiesen sind und was die öffentliche Hand ausgibt, um diesen Menschen zu helfen. Darum aber soll es bei diesem Wettbewerb gehen.

👉 Deine Aufgabe: In einem Wettbewerb um die Zahlen des Sozialstaats treten jeweils zwei Banknachbarn gegeneinander an. Euch wird jeweils eine Kategorie vorgegeben, und jeder von euch notiert sich dazu eine geschätzte Zahl. Anschließend werden die genannten Schätzwerte mit den amtlichen Zahlen verglichen. Wer besser geschätzt hat, kann für sich dann einen Punkt verbuchen. Und am Schluss wird abgerechnet.

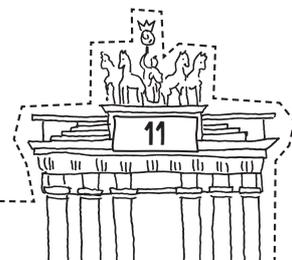
LINKE/R NACHBAR/IN	SOZIALE FAKTEN	RECHTE/R NACHBAR/IN
	So hoch ist das Kindergeld beim ersten und beim zweiten Kind (im Monat).	
	So viele Kinder leben bei alleinerziehenden Eltern (in Millionen).	
	So viele der Studierenden beziehen staatliche Unterstützung nach dem BAföG (in Prozent).	
	So hoch ist derzeit der Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene (in Euro).	
	So viel Geld fließt jedes Jahr in unser Gesundheitssystem (in Milliarden).	
	So hoch ist derzeit der Rentenversicherungsbeitrag, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam aufbringen (in Prozent).	
	So viele der Rentner/innen sind arm oder von Armut bedroht (in Prozent).	
	So viel verdienen unsere Sozialkassen an den hier arbeitenden Ausländern (in Milliarden).	
	So viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gibt es in Deutschland (in Millionen).	
	So viele der neu eingestellten Arbeitnehmer sind nur befristet beschäftigt (in Prozent).	



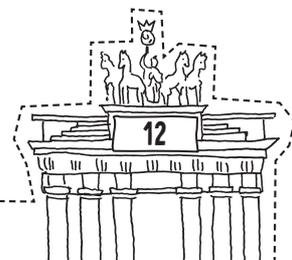
Auf einen funktionierenden Rechtsstaat und auf die Segnungen des Sozialstaats wird niemand verzichten wollen. Der föderative Aufbau unseres Staatswesens aber erscheint vielen nicht so wichtig. Sie gehen eher leidenschaftslos damit um, wie sich der Bund, die Länder und die Gemeinden die Macht im Staat untereinander aufteilen. Interessanter wird es erst, wenn die Zukunft des Bundesstaates an ganz konkreten Beispielen diskutiert wird. Ein solches Beispiel ist der Bildungsföderalismus. Dass jedes Bundesland seine eigene Schulpolitik macht, das halten manche für eine überholte Regelung. Sie plädieren eher für den Bildungszentralismus. Denn hier würde die gesamte Schulpolitik von einem zentralen Bundesministerium aus gesteuert.

 **Deine Aufgabe:** Du findest hier unterschiedliche Information zur Diskussion um den Bildungsföderalismus. Welche Informationen sprechen für eine zentralistische – und welche eher für eine föderalistische Lösung? Setze dazu dein Kreuz jeweils in das passende Kästchen!

FAKTEN ZU DEN SCHULEN IN DEUTSCHLAND	SPRICHT EHER FÜR EINEN BILDUNGS-ZENTRALISMUS	SPRICHT EHER FÜR EINEN BILDUNGS-FÖDERALISMUS
1. Wenn in einem Bundesland das Abitur leichter ist als in einem anderen – dann ist das eine große Ungerechtigkeit.		
2. Dadurch müssen die Bundesländer noch mehr Kompetenzen abgeben. Das dürfte sie noch weiter schwächen.		
3. In einer Demokratie sollte die Macht möglichst gut verteilt sein. Deshalb braucht es keine Behörde, in der alle Fäden zusammen laufen.		
4. Wenn die Eltern von einem Bundesland in ein anderes umziehen, müssen sich die Kinder schulisch völlig umstellen.		
5. Vielfalt ist besser als Einfalt. Die Schullandschaft muss sehr unterschiedlich sein, wenn sich die Schüler nicht langweilen sollen.		
6. Wenn die Bundesländer untereinander in Konkurrenz treten, geben sie sich besonders viel Mühe. Das kommt auch der Bildung zugute.		
7. Reformen lassen sich nicht flächendeckend durchsetzen – sondern zunächst nur in einzelnen Regionen.		



FAKTEN ZU DEN SCHULEN IN DEUTSCHLAND	SPRICHT EHER FÜR EINEN BILDUNGS-ZENTRALISMUS	SPRICHT EHER FÜR EINEN BILDUNGS-FÖDERALISMUS
8. Die Verwaltung wird zusammengelegt. Dadurch lassen sich viel Stellen einsparen und die Ausgaben für Bildung senken.		
9. Es ist gut, wenn alle Schüler dieselben Abschlussprüfungen schreiben. Dadurch werden die Ergebnisse vergleichbar.		
10. Jedes Bundesland hat seine eigene Geschichte und seine eigene Mentalität. Das muss auch in den Schulen sichtbar werden.		
11. Nachbarländer wie Frankreich oder Österreich haben mit einem nationalen Schulministerium gute Erfahrungen gemacht.		
12. Die Erfahrung zeigt: Große Behörden sind oft so unflexibel, dass sie gar nicht effektiv arbeiten können.		



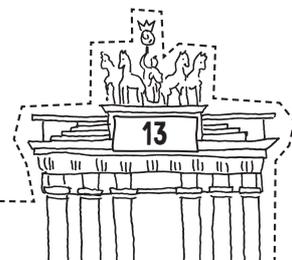
Die Verfassung beschreibt unsere politische Ordnung als eine parlamentarische Demokratie. Das unterstreicht, welchen hohen Stellenwert hier das Parlament hat. Schließlich wählt das Parlament den Bundeskanzler, es kontrolliert die Arbeit der Regierung, und es berät und beschließt die Gesetze. Damit ist das Parlament die zentrale Schaltstelle unserer Demokratie. In den unterschiedlichen Ländern haben die Parlamente allerdings ganz unterschiedliche Namen.

Deine Aufgabe: Du findest hier die Namen von zwölf europäischen Parlamenten. Trage jeweils in das rechte Kästchen ein, in welchem Land das Parlament so genannt wird. Verfügt das Parlament in einem Land über zwei Kammern – so ist immer die Kammer gemeint, der mehr Mitglieder angehören. Und das sind die Länder, um die es hier geht:

Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Österreich, Polen, Russland, Schweden, Schweiz, Tschechien

Bei dieser Aufgabe wirst du dich ab und zu im Internet informieren müssen. Denn hier kannst du dich nicht nur auf deine Vorkenntnisse verlassen:

Abgeordnetenhaus	
Abgeordnetenkammer	
Bundestag	
Bundesversammlung	
Folketing	
Nationalrat	
Nationalversammlung	
Reichstag	
Repräsentantenhaus	
Sejm	
Staatsduma	
Unterhaus	



Wer sich mit den Gepflogenheiten des parlamentarischen Lebens beschäftigt, wird immer wieder auf unbekannte Begriffe stoßen. Um sich im Deutschen Bundestag orientieren zu können, muss man sich mit solchen Begriffen auskennen.

 **Deine Aufgabe:** Im folgenden Text sind jeweils zwei Begriffe miteinander vertauscht. Erst wenn du diese Begriffe herausfindest und sie an der richtigen Stelle einsetzt, macht dieser Text einen Sinn. Notiere dir, welche Begriffe jeweils miteinander vertauscht wurden!

Im Bundestag

Vor Beginn einer Sitzung herrscht im Plenarsaal des Deutschen Bundestages lebhaftes Treiben. Auf der Tribüne haben die zahlreichen Saaldiener Platz genommen, während die Abgeordneten oft noch in ein Gespräch vertieft sind. Wenn die Sitzung dann vom Plenum aus eröffnet wird, eilen auch die Volksvertreter zu ihren Plätzen. Nur die Besucher sind noch unterwegs, um die Abgeordneten mit Informationen und die Redner mit frischem Wasser zu versorgen.

Die Sitzordnung im Präsidium ist seit langem festgelegt: Die Oppositionen sitzen so, wie es ihrer politischen Einstellung entspricht. Auf der linken Seite werden die Abgeordneten der AfD sitzen, während die CDU/CSU und die SPD lieber in der Mitte Platz nehmen. Während eines Redebeitrags mischen sich immer wieder einzelne Abgeordnete mit einem Ordnungsruf ein. Wenn sich der Redner dadurch beleidigt oder gar bedroht fühlt, erhält der Störer einen Zwischenruf. Ergreift ein Mitglied der Regierungskoalition das Wort, wird dieses immer wieder von Abgeordneten der Fraktion unterbrochen. Ihr gehörten im XVIII. Deutschen Bundestag die Abgeordneten der Grünen und der Rechten an. Bei Themen, die den Abgeordneten besonders auf den Nägeln brennen, wird eine Große Anfrage angesetzt – denn damit will man im Bundestag nicht warten. Die Abgeordneten können sich nicht nur an den Plenardebatten beteiligen, sondern auch mit Kleinen Anfragen oder Aktuellen Stunden einbringen.

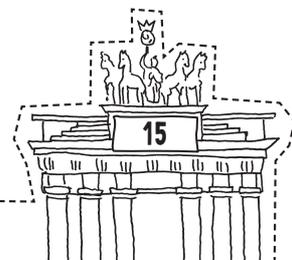
Lässt sich ein Abgeordneter etwas zuschulden kommen, kann seine Diät aufgehoben werden. Das schadet nicht nur seinem Ruf, sondern kann auch dazu führen, dass er sich vor Gericht verantworten muss. Darüber können dann auch die großzügigen Immunitäten unserer Abgeordneten nicht hinwegtrösten.



Der Bundesrat ist so etwas wie der kleine Bruder des Bundestags. Hier sind die einzelnen Bundesländer vertreten. Sie haben über die Gesetze zu entscheiden, die der Bundestag beschlossen hat – können diese aber auch scheitern lassen. Die Zahl der Sitze, die einem Bundesland zustehen, entscheidet sich an seiner Größe. So ist das kleine Bremen hier mit drei, das große Nordrhein-Westfalen aber mit sechs Mitgliedern vertreten.

 **Deine Aufgabe:** Du findest hier eine Übersicht über alle 16 Bundesländer. Genannt ist hier jeweils der Rang, auf den ein Land in einem Ranking aller Bundesländer kommt – wenn es um die Bevölkerungsgröße geht. Außerdem sind die Hauptstädte und die Namen der Ministerpräsidenten aufgeführt. Schließlich geht es auch darum, welche Parteien jeweils gemeinsam die Landesregierung bilden. Dabei steht Schwarz für die CDU/CSU, Rot für die SPD oder die Linke, Grün für die Grünen und Gelb für die FDP. Fülle die leer gebliebenen Kästchen aus – bis die Übersicht vollständig ist.

BUNDESLAND	BEVÖLKERUNGSGRÖSSE	HAUPTSTADT	MINISTER-PRÄSIDENT/IN	KOALITION
Baden-Württemberg	3. Platz		Winfried Kretschmann	
Bayern		München		Schwarz
Brandenburg	10. Platz		Dietmar Woidke	Rot/Rot
Berlin	8. Platz	Berlin		
Bremen		Bremen	Carsten Sieling	
Hamburg	13. Platz	Hamburg		
Hessen	5. Platz		Volker Bouffier	
Mecklenburg-Vorpommern	14. Platz	Schwerin		
Niedersachsen	4. Platz		Stefan Weil	
Nordrhein-Westfalen		Düsseldorf		Schwarz-Gelb
Rheinland-Pfalz	7. Platz		Malu Dreyer	
Saarland		Saarbrücken		Schwarz-Rot
Sachsen	6. Platz		Stanislaw Tillich	
Sachsen-Anhalt	11. Platz	Magdeburg		
Schleswig-Holstein	9. Platz		Daniel Günther	Schwarz-Grün-Gelb
Thüringen	12. Platz	Erfurt		Rot-Rot-Grün



Es gibt unterschiedliche Wahlverfahren. Deshalb sehen die Stimmzettel auch oft ganz unterschiedlich aus. Der Wähler sollte aber jeweils informiert sein, um welches Wahlverfahren es sich handelt, bevor er seine Stimme abgibt.

 **Deine Aufgabe:** Du findest in den rechten Kästchen unterschiedliche Begriffe, die alle mit dem Wahlrecht zu tun haben. In den linken Kästchen stehen die entsprechenden Beschreibungen. Verbinde jeweils eine Beschreibung auf der linken Seite mit einem Fachbegriff aus der rechten Spalte. Du kannst dir auch notieren, welcher Buchstabe jeweils zu welcher Ziffer passt.

A. Die Bürger finden auf ihrem Stimmzettel nur zwei Namen, zwischen denen sie sich entscheiden müssen. Dieser Wahl ist immer ein erster Urnengang vorausgegangen.

B. Die Bürger kreuzen nicht den Namen eines Kandidaten, sondern die Liste einer Partei an. Sie können also keinen Kandidaten direkt ins Parlament schicken.

C. Die Bürger werden nicht gefragt, wen sie gerne in einem bestimmten Amt hätten – sondern, wen sie am liebsten wieder loshätten.

D. Die Bürger können so viele Stimmen vergeben, wie das Parlament Sitze hat. Sie können dabei auch Kandidaten ganz unterschiedlicher Parteien wählen.

E. Hier können die Wähler nur die Liste einer bestimmten Partei ankreuzen. Die Partei hat vorher schon entschieden, welcher Kandidat welchen Listenplatz bekommt. Darauf können die Wähler keinen Einfluss nehmen.

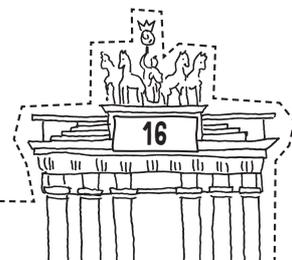
1. ABWAHL

2. FREIE LISTE

3. HÄUFELN

4. MEHRHEITSWAHL

5. MISCHMODELL



F. Hier geht es gar nicht um Personen, sondern um Inhalte, zwischen denen die Bürger zu entscheiden haben. Im eigentlichen Sinn handelt es sich hier also überhaupt nicht um eine Wahl.

G. Die Bürger haben nur eine Stimme zu vergeben. Diese geben sie dem Kandidaten, der sie im Parlament vertreten soll. Wer die meisten Stimmen in einem Wahlkreis bekommt, wird dessen Abgeordneter.

H. Man kann nicht nur eine bestimmte Liste ankreuzen, sondern kann sich auch einen bestimmten Kandidaten aussuchen, bei dem man sein Kreuz machen kann.

I. Die Bürger können so viele Stimmen vergeben, wie das Parlament Sitze hat. Jedem Kandidaten kann man bis zu drei Stimmen geben.

J. Es handelt sich hier um eine Kombination von Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Man spricht hier auch von einer »personalisierten Verhältniswahl«.

6. PANASCHIEREN

7. REFERENDUM

8. STARRE LISTE

9. STICHWAHL

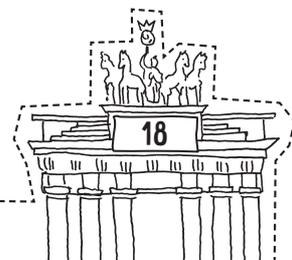
10. VERHÄLTNISSWAHL



Wie in anderen Ländern auch, gehen in Deutschland immer weniger Bürger zur Wahl. Sie nehmen ihr wichtigstes Recht also überhaupt nicht in Anspruch. Das könnte auch am Wahlrecht liegen, das manchen zu kompliziert und anderen nicht bürgernah genug ist. Deshalb werden derzeit viele Vorschläge zur Änderung des Wahlrechts diskutiert..

 **Deine Aufgabe:** Lies dir die einzelnen Vorschläge zur Änderung des Wahlrechts gut durch. Anschließend solltest du schätzen, wie viele deiner Mitschüler die vorgeschlagene Änderung für eine gute Idee halten. Die von dir geschätzte Zahl schreibst du jeweils in das rechte Kästchen. Dann wird in der Klasse abgestimmt. Und du erfährst, ob du die Stimmung in deiner Klasse richtig eingeschätzt hast. Du notierst dir, um wie viele Punkte du dich jeweils vertippt hast. Dann vergleichst du dein Gesamtergebnis mit dem deiner Mitschüler.

VORSCHLÄGE ZUR ÄNDERUNG DES WAHLRECHTS UND DES WAHLVERFAHRENS:	SO VIELE IN MEINER KLASSE DÜRFTEN DAFÜR SEIN:
<p>Vorwahlen: Wie in den Vereinigten Staaten sollten auch bei uns die Wähler bei der Auswahl der Kandidaten beteiligt werden. Die Aufstellung der Kandidaten sollte nicht länger im stillen Kämmerlein erfolgen.</p>	
<p>Ausländerwahlrecht: Wer als Ausländer sechs Jahre oder länger in Deutschland lebt, sollte mitwählen dürfen. Er kennt die Verhältnisse in unserem Land schließlich so gut wie jeder Deutsche.</p>	
<p>Wahlrecht ab 16: Wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, dem sollte das aktive und passive Wahlrecht zugestanden werden. Wer sich in diesem Land auskennt und wer sich reif genug fühlt – der sollte von den Wahlen nicht länger ausgeschlossen werden.</p>	
<p>Familienwahlrecht: Die Eltern dürfen für ihre Kinder mitwählen. Dazu erhält jeder Vater oder jede Mutter für jedes Kind eine zusätzliche Stimme. So kann erreicht werden, dass die Politik stärker auf die Bedürfnisse der Familien eingehen muss.</p>	



VORSCHLÄGE ZUR ÄNDERUNG DES WAHLRECHTS UND DES WAHLVERFAHRENS:	SO VIELE IN MEINER KLASSE DÜRFTEN DAFÜR SEIN:
<p>Wahlpflicht: Alle Bürger sind verpflichtet, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sonst droht ihnen ein empfindliches Bußgeld. In unserem Nachbarland Luxemburg funktioniert eine solche Wahlpflicht sehr gut.</p>	
<p>Mehrheitswahlrecht: Die Wähler haben jeweils nur eine Stimme. Diese geben sie dem Kandidaten, durch den sie ihren Wahlkreis im Parlament vertreten sehen wollen. Dadurch herrschen im Parlament klare Verhältnisse. Dadurch verlieren aber auch die Parteien an Einfluss.</p>	
<p>Freie Liste: Die Bürger können sich nicht nur für die Liste einer bestimmten Partei entscheiden. Sie können ihr Kreuz innerhalb dieser Liste auch einem bestimmten Kandidaten geben, den sie für besonders tüchtig halten. Dadurch werden die Wähler aufgewertet – auf Kosten der Parteien.</p>	
<p>24-Stunden-Wahl: Viele würden gerne zur Wahl gehen – ohne ihre gesamte Tagesplanung auf den Kopf stellen zu müssen. Deswegen haben die Wahllokale 24 Stunden lang geöffnet. Bei den Fitness-Studios hat sich das auch bewährt.</p>	
<p>Direktwahl des Bundespräsidenten: Der Bundespräsident wird nicht länger von der Bundesversammlung gewählt – sondern von den Bürgern des Landes in direkter Wahl. So kann dieses Amt nicht unter den Parteien ausgemauschelt werden.</p>	



Bevor du zum Wählen gehst, solltest du dich zunächst über die Inhalte informieren, über die bei dieser Wahl entschieden wird. Um dir dazu eine Meinung zu bilden, solltest du auch das Gespräch mit deinen Mitschülern suchen. Ein *Meinungshoroskop* wird dir dabei helfen.

👉 Deine Aufgabe: Suche dir einen Mitschüler aus, mit dem du bisher nicht viel Kontakt hast. Und überlege dir, wie er sich in einzelnen politischen Fragen entscheiden würde. Kreuze an, ob er einer bestimmten Forderung jeweils zustimmen oder ob er sie ablehnen würde. Von deinem Mitschüler erfährst du dann, ob du mit deinen Vermutungen jeweils richtig liegst. Übrigens: Alle Positionen, zwischen denen du dich in diesem Meinungshoroskop entscheiden kannst, stammen aus dem Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung. (www.wahl-o-mat.de)

Meinungshoroskop

Bei der Terrorismusabwehr im Innern sollte die Bundeswehr eingesetzt werden dürfen. *Ja / Nein*

Der Dieselmotorkraftstoff für PKW soll höher besteuert werden. *Ja / Nein*

Für die Aufnahme von neuen Asylsuchenden soll eine jährliche Obergrenze gelten. *Ja / Nein*

Der Ausbau erneuerbarer Energien soll vom Bund dauerhaft gefördert werden. *Ja / Nein*

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden. *Ja / Nein*

Generelles Autolimit auf Autobahnen! *Ja / Nein*

Die Verteidigungsausgaben Deutschlands sollen erhöht werden. *Ja / Nein*

Das Kindergeld soll nur an deutsche Familien ausgezahlt werden. *Ja / Nein*

Die ökologische Landwirtschaft soll stärker gefördert werden als die konventionelle Landwirtschaft. *Ja / Nein*

Kinder sollen gegen ansteckende Krankheiten geimpft werden müssen. *Ja / Nein*

Haushaltsüberschüsse sollen überwiegend zum Abbau von Staatsschulden verwendet werden. *Ja / Nein*

In Deutschland soll auch zukünftig Braunkohle abgebaut werden. *Ja / Nein*

Deutschland soll zu einer nationalen Währung zurückkehren. *Ja / Nein*

Hohe Vermögen sollen besteuert werden. *Ja / Nein*

Rüstungsexporte aus Deutschland sollen ausnahmslos besteuert werden. *Ja / Nein*

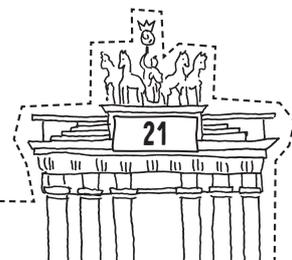
Der kontrollierte Verkauf von Cannabis soll generell erlaubt sein. *Ja / Nein*



Viele halten den Beruf des Politikers für besonders attraktiv: Man kommt viel herum, hat mit Prominenten zu tun und verdient eine Menge Geld. Aber der erste Eindruck täuscht. Denn das Leben eines Politikers ist mit einem denkbar schlechten Image erkaufte.

Deine Aufgabe: In der folgenden Aufstellung werden jeweils zwei Berufsgruppen einander gegenüber gestellt. Kreuze jeweils die Berufsgruppe an, der die Menschen mehr vertrauen dürften! Später erfährst du dann auch, welchen Platz in der Beliebtheitsskala die einzelnen Berufe einnehmen. Dabei dürfte vor allem interessieren, wo die Politiker landen.

WELCHE BERUFSGRUPPE IST BELIEBTER?	
Profi-Sportler	Verkäufer
Bankangestellte	Versicherungsvertreter
Ingenieure	Sanitäter
Apotheker	Polizisten
TV-Moderatoren	Werbekaufleute
Ärzte	Feuerwehrleute
Lehrer	Lokführer
Krankenschwestern	Piloten
Journalisten	Unternehmer
Politiker	Schauspieler



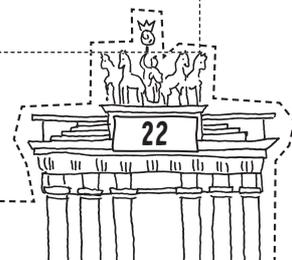
Parteien werden nicht nur aufgrund ihres Programms gewählt – sondern auch wegen ihres Auftretens und ihrer Erscheinungsweise. So kommt es vielen Wählerinnen eher auf den Frauenanteil einer Partei an als auf ihre Aussagen zur Frauenpolitik.

 **Deine Aufgabe:** Dir werden hier sieben Parteien vorgestellt, die im XIX. Deutschen Bundestag vertreten sein werden. Du erfährst weder ihren Namen noch ihr Programm. Aber du kannst dir von diesen Parteien ein Bild machen.

- aufgrund ihres Gründungsjahres und damit ihres Alters.
- aufgrund des Bundeslandes, in dem eine Partei seit 2013 ihre größten Erfolge feierte.
- aufgrund des Frauenanteils an den Parteimitgliedern.
- aufgrund der Großspenden, die die Partei jedes Jahr einnimmt.
- aufgrund der Zahl der Fundstellen, die Google jeweils für eine Partei nennt.

Kreuze die Partei an, die dir aufgrund solcher Informationen besonders sympathisch ist! Später erfährst du, für welche Partei dein Herz wirklich schlägt.

<p>Partei A</p> <p>Gründungsjahr: 1945 Hochburg: Bayern Frauenanteil: 20 % Großspenden: 350 Tsd. Google-Fundstellen: 30,3 Mio.</p>	<p>Partei B</p> <p>Gründungsjahr: 1948 Hochburg: Nordrhein-Westfalen Frauenanteil: 23 % Großspenden: 310 Tsd. Google-Fundstellen: 23,2 Mio.</p>
<p>Partei C</p> <p>Gründungsjahr: 1863 Hochburg: Hamburg Frauenanteil: 32 % Großspenden: 301 Tsd. Google-Fundstellen: 93 Mio.</p>	<p>Partei D</p> <p>Gründungsjahr: 2013 Sachsen-Anhalt Frauenanteil: 16 % Großspenden: 100 Tsd. Google-Fundstellen: 36 Mio.</p>
<p>Partei E</p> <p>Gründungsjahr: 1993 Baden-Württemberg Frauenanteil: 39 % Großspenden: 710 Tsd. Google-Fundstellen: 0,5 Mio.</p>	<p>Partei F</p> <p>Gründungsjahr: 1945 Saarland Frauenanteil: 26 % Großspenden: 925 Tsd. Google-Fundstellen: 32,9 Mio.</p>
<p>Partei G</p> <p>Gründungsjahr: 2007 Hochburg: Thüringen Frauenanteil: 37 % Großspenden: keine Google-Fundstellen: 36 Mio.</p>	



Bei der Wahl zum XIX. Deutschen Bundestag kandidieren 42 Parteien. Die meisten von ihnen haben überhaupt keine Chance, ins Parlament einzuziehen. Denn dazu bräuchten sie mindestens 5 % der Wählerstimmen oder drei Direktmandate. Davon sind die vielen Kleinparteien aber weit entfernt. Trotzdem kandidieren sie, weil sie öffentlich wahrgenommen werden wollen und weil sie sich davon neue Mitglieder oder Sympathisanten versprechen.

 **Deine Aufgabe:** Lies dir die folgende Aufstellung von 18 Kleinparteien durch. Und entscheide, welche Partei es wirklich geben dürfte – und welche nur erfunden sind. Setze dein Kreuz jeweils in das entsprechende Kästchen!

KLEINPARTEIEN	GIBT ES.	GIBT ES NICHT.
AKP – Die Türkenpartei		
Union der Autofahrer		
Bayernpartei		
Deutsche Biertrinkerpartei		
Bündnis C – Christen für Deutschland		
Deutsche Mitte		
Familien-Partei Deutschlands		
Die Klimakiller		
Die Landlustpartei		
Ost-West-Forum		
Die Partei		
Rosa Liste		
Deutsche Sex-Partei		
Tierschutzpartei		
Die Urbane. Eine Hip-Hop-Partei		
Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer		
Partei der Vernunft		
Die Violetten		



LÖSUNGEN

DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

KV 1 BEGREIFEN BRAUCHT BEGRIFFE

Unter einer **Demokratie** versteht man eine Staatsform, in der alle Macht vom Volk ausgeht. Von einer **Direkten Demokratie** sprechen wir, wenn die Bürger auch in politischen Einzelfragen mitentscheiden.

Kennzeichen einer **Repräsentativen Demokratie** ist, dass die Abgeordneten stellvertretend für ihre Wähler entscheiden.

Eine **Diktatur** erkennt man daran, dass die Bürger an den Entscheidungen nicht beteiligt sind.

Unter **Exekutive** versteht man die Regierung eines Staatswesens.

Die **Legislative** eines Staatswesens ist gleichbedeutend mit dem Parlament.

Die **Judikative** umfasst jeweils das gesamte Justizwesen.

Von **Pluralismus** sprechen wir, wenn es in einem Staatswesen verschiedene Parteien gibt.

Aufgabe der **Opposition** ist es, die Regierung zu kontrollieren.

DAS GRUNDGESETZ

KV 2 DIE SÄULEN UNSERER VERFASSUNG

Demokratie: 2, 8, 11, 17, 19

Rechtsstaat: 4, 7, 9, 13, 18

Sozialstaat: 3, 10, 14, 15, 16

Bundesstaat: 1, 5, 6, 12, 20

DER RECHTSSTAAT

KV 3 RECHTSFÄLLE UND RECHTSPRINZIPIEN

Mareike Z.: NEIN (Prinzip der Rechtsbindung) / Abdullah M.: NEIN (Unabhängigkeit der Justiz) /

Sezer H.: JA (Rechtsweegarantie) / Hertha B.: JA (Gleichheit vor dem Gesetz) /

Wolfgang R.: NEIN (Unabhängigkeit der Justiz) / Joannis K.: NEIN (Man darf wegen einer Sache

nicht zweimal bestraft werden) / Niko T und Kevin K.: JA (Längerer Freiheitsentzug nur durch

einen Richter) / Myriam F.: JA (Strafmündig ist man erst mit 14) /

Dominik T.: NEIN (In Jugendgerichtsverfahren ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen) /

Mahmoud H.: JA (Aktuelle Gesetzeslage)



LÖSUNGEN

DER SOZIALSTAAT

KV 4 DER SOZIALSTAAT IN ZAHLEN

So hoch ist das Kindergeld beim ersten und beim zweiten Kind (im Monat): 192 Euro

So viele Kinder leben bei alleinerziehenden Eltern (in Millionen): 2,3

So viele der Studierenden beziehen staatliche Unterstützung nach dem BAföG (in Prozent): 15

So hoch ist derzeit der Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene (in Euro): 409

So viel Geld fließt jedes Jahr in unser Gesundheitssystem (in Milliarden): 344

So hoch ist derzeit der Rentenversicherungsbeitrag, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam aufbringen (in Prozent): 18,7 %

So viele der Rentner/innen sind arm oder von Armut bedroht (in Prozent): 15,9 %

So viel verdienen unsere Sozialkassen an den hier arbeitenden Ausländern (in Milliarden): 22

So viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gibt es in Deutschland (in Millionen): 32

So viele der neu eingestellten Arbeitnehmer sind nur befristet beschäftigt (in Prozent): 45

DER BUNDESSTAAT

KV 5 DIE BILDUNG AN DEN BUND

Diese Informationen sprechen eher für einen Bildungszentralismus: 1, 4, 8, 9, 11.

Und diese eher für den Bildungsföderalismus: 2, 3, 5, 6, 7, 10, 12.

DER BUNDESTAG

KV 6 PARLAMENTE IN EUROPA

Abgeordnetenhaus: Italien / Abgeordnetenkammer: Tschechien / Bundestag: Deutschland / Bundesversammlung: Schweiz / Folketing: Dänemark / Nationalrat: Österreich / Nationalversammlung: Frankreich / Reichstag: Schweden / Repräsentantenhaus: Irland / Sejm: Polen / Staatsduma: Russland / Unterhaus: Großbritannien

KV 7 DER BUNDESTAG VON INNEN

Diese Begriffe wurden vertauscht:

Saaldienner / Besucher – Plenum / Präsidium – Opposition / Fraktion – links / rechts – Ordnungsruf / Zwischenruf – Große Anfrage / Aktuelle Stunde – Diät / Immunität



LÖSUNGEN

DER BUNDESRAT

KV 8 DEUTSCHLAND – DEINE LÄNDER

Die Hauptstadt von **Baden-Württemberg** ist Stuttgart. Das Land wird von einer Schwarz-Gelben Koalition regiert.

Hinsichtlich seiner Bevölkerungsgröße liegt **Bayern** auf dem zweiten Platz. Der Ministerpräsident heißt Horst Seehofer.

Die Hauptstadt von **Brandenburg** ist Potsdam.

Der Regierende Bürgermeister von **Berlin** heißt Michael Müller. Er steht einer Rot-Rot-Grünen Koalition vor.

Bremen ist das Bundesland mit den wenigsten Einwohnern. Das kleinste Bundesland wird von einer Rot-Grünen Koalition regiert.

Der Bürgermeister von **Hamburg** heißt Olaf Scholz. Er steht an der Spitze einer Rot-Grünen Koalition.

Die Hauptstadt von **Hessen** ist Wiesbaden. Die Regierung wird hier von einer Schwarz-Grünen Koalition gestellt.

Die Ministerpräsidentin von **Mecklenburg-Vorpommern** heißt Manuela Schwesig. Sie steht an der Spitze einer Rot-Schwarzen Landesregierung.

Die Hauptstadt von **Niedersachsen** ist Hannover, wo eine Rot-Schwarze Koalition regiert.

Hinsichtlich seiner Bevölkerungsgröße steht **Nordrhein-Westfalen** im Ländervergleich auf dem 1. Platz. Der Ministerpräsident heißt Armin Laschet.

Die Landeshauptstadt von **Rheinland-Pfalz** ist Mainz, wo eine Rot-Gelb-Grüne Koalition regiert.

Wegen seiner geringen Bevölkerungszahl liegt das **Saarland** im Länder-Ranking auf dem vorletzten Platz. Ministerpräsidentin des kleinsten Bundeslandes ist Annegret Kramp-Karrenbauer.

Die Hauptstadt von **Sachsen** ist Dresden, wo eine Schwarz-Rote Koalition an der Macht ist.

Der Ministerpräsident von **Sachsen-Anhalt** heißt Reiner Haseloff. Er steht einer Schwarz-Rot-Grünen Koalitionsregierung vor.

Die Landeshauptstadt von **Schleswig-Holstein** ist Kiel.

Der Ministerpräsident von **Thüringen** heißt Bodo Ramelow.

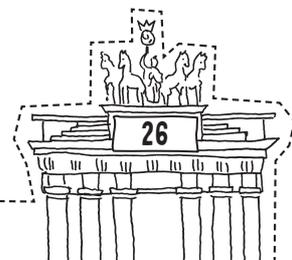
Stand: November 2017

WAHLEN

KV 9 DEMOKRATIE DURCH VERFAHREN

So passen die Fachbegriffe und die Beschreibungen zusammen:

A9/B10/C1/D6/E8/F7/G4/H2/I3/J5



LÖSUNGEN

POLITIK ALS BERUF

KV 12 DAS ANSEHEN UNSERER POLITIKER

Diese Plätze nehmen die einzelnen Berufsgruppen in der Beliebtheitsskala ein:

Profi-Sportler (16)	Verkäufer (12)
Bankangestellte (15)	Versicherungsvertreter (19)
Ingenieure (9)	Sanitäter (2)
Apotheker (4)	Polizisten (8)
TV-Moderatoren (14)	Werbekaufleute (18)
Ärzte (5)	Feuerwehrleute (3)
Lehrer (10)	Lokführer (6)
Krankenschwestern (1)	Piloten (7)
Journalisten (17)	Unternehmer (11)
Politiker (20)	Schauspieler (13)

Grundlage d. Vergleichs ist ein Ranking, das von Platz 1 (= ganz hohes Ansehen) bis zu Platz 20 (= ganz schlechtes Ansehen) reicht.

DIE PARTEIEN

KV 13 BLIND VOTE

Das waren die Parteien, zwischen denen du dich zu entscheiden hattest:

Partei A: CSU / Partei B: FDP / Partei C: SPD / Partei D: AfD / Partei E: Bündnis 90/Grüne /
Partei F: CDU / Partei G: Linke

KV 14 KLEINE PARTEIEN

Die folgenden Parteien sind nur erfunden:

AKP – Die Türkenpartei / Union der Autofahrer / Deutsche Biertrinkerpartei / Die Klimakiller /
Die Landlustpartei / Ost-West-Forum / Rosa Liste / Deutsche Sex-Partei

